



BLL/LGU/SPD-FRAKTION
IM LÖWENBERGER LAND

Pressemitteilung

Betreff: Stellungnahme zur Einrichtung eines Bürgerbeauftragten und der Erhöhung der Gewerbesteuer im Löwenberger Land

Sehr geehrter Herr Paetzl,
herzlichen Dank für Ihre Anfrage.

Die BLL/LGU/SPD-Fraktion hat sich in der letzten Sitzung gegen die Einrichtung eines Bürgerbeauftragten ausgesprochen. Diese Entscheidung beruht auf der derzeit angespannten finanziellen Lage unserer Gemeinde und dem dringenden Bedarf, die Ausgaben im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeiten zu reduzieren.

Hierbei spielt auch der Personalplan der Verwaltung eine entscheidende Rolle.

Wir sind der Überzeugung, dass der Bürgermeister in der Lage sein sollte, die damit verbundenen Aufgaben mit den vorhandenen Personalressourcen zu bewältigen.

Es ist zudem geplant, die Neustrukturierung des ehrenamtlichen Engagements zunächst über den neuen Seniorenbeirat zu erproben.

Gleichzeitig sollten die Bedarfe bei den Ortsbeiräten und Vereinen ermittelt werden, um gezielt auf deren Bedürfnisse eingehen.

Erwähnenswert ist, dass selbst der Bürgermeister sich bei diesem Beschluss enthielt.

Darüber hinaus hat unsere Fraktion auch gegen den Antrag der Linken-Grünen-Fraktion gestimmt. In den vergangenen Tagen wurden die Bürgerinnen und Bürger bereits durch Erhöhungen bei der Grundsteuer, Hundesteuer sowie Trink- und Abwassergebühren stark belastet. Für unsere Gemeinde hat die Ansiedlung und Unterstützung von Gewerbe höchste Priorität, da wir kein touristischer Hotspot sind. Unsere bestehenden Unternehmen dürfen durch zusätzliche Belastungen nicht verprellt werden.

Mit der Beibehaltung des Gewerbesteuersatzes möchten wir unsere Attraktivität für Neuansiedlungen weiterhin fördern. Jedes Unternehmen, das sich in unserer Kommune niederlässt, trägt zur Stärkung und Erhöhung des Mehrwerts unserer Gemeinde bei.

Mit freundlichen Grüßen

T. Sieg – Mitglied der Fraktion